

# AfD-MdB Corinna Miazga bringt „Campact“ um Steuerbefreiung



Von EUGEN PRINZ | **UPDATE AM ENDE DES BEITRAGES** | Das Geschrei auf linken Internetseiten ist groß. Noch größer ist das Heulen und Zähneklappern bei Campact: Der linken Nichtregierungsorganisation (NGO), die in Form eines eingetragenen Vereins agiert, wurde vom Berliner Finanzamt für Körperschaften der Status der Gemeinnützigkeit und damit die Steuerbefreiung entzogen.

Die Gemeinnützigkeit definiert sich in Deutschland aus der Abgabenordnung (AO). Eine Körperschaft verfolgt nach § 52 Abs. 1 der Abgabenordnung gemeinnützige Zwecke, wenn ihre Tätigkeit darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern. So der Gesetzestext.

## Wer oder was ist Campact?

Campact ist eine 2004 gegründete NGO mit Sitz in Berlin. Sie bietet ein internetbasiertes Beteiligungsforum, mit dem Protest Emails oder -Anrufe gebündelt in Form von Online-Petitionen an politische Entscheidungsträger gerichtet werden können.

Zu diesem Zweck wurden von Campact ebenso regelmäßig wie fleißig Spenden gesammelt, die aufgrund der Gemeinnützigkeit des eingetragenen Vereins nicht versteuert werden mussten.

## Die Betätigungsfelder von Campact

„Klimaschutz“, Atomausstieg, Protest gegen Stuttgart 21, Verbot der Gentechnik, „Asyl ist ein Menschenrecht“ und eine Kooperation mit der berüchtigten „Amadeu Antonio Stiftung“ des ehemaligen Stasi-Spitzels Anetta Kahane waren nur einige Bereiche, in denen Campact bis 2015 unterwegs war. Und selbstverständlich wird gegenwärtig auch die „Fridays for Future“ Bewegung unterstützt. Soweit, so schlecht.

Ab 2016 kam dann ein neues Betätigungsfeld hinzu: Der Kampf gegen die AfD. Spätestens ab diesem Zeitpunkt war klar, woher der Wind bei diesem „gemeinnützigen Verein“ weht: Von scharf links.

Am 31. August 2017, in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes, trat Campact dann in einer Massen-Email eine besonders heftige Attacke gegen die AfD los:

Gerade junge Wähler/innen gehen seltener wählen – lehnen die AfD aber besonders stark ab. Das ist unsere Chance. Mit Facebook, Youtube und Whatsapp können wir die unter 30-Jährigen für Politik begeistern. Mit Videos und Grafiken zeigen wir ihnen, dass ihre Stimme einen Unterschied macht. **Gehen sie zur Wahl, dann schwächen sie am 24. September die AfD.**

Unser ehrgeiziges Ziel: Wir wollen jeden Tag einen aktuellen Videoclip veröffentlichen – und damit Millionen junge Menschen erreichen. Neben Social-Media-Redakteur/innen, aktuellen Videos und Grafiken braucht es dafür eines: ein ausreichendes Werbebudget. Anders als bei Zeitungsanzeigen lassen sich in den sozialen Medien Wählergruppen direkt ansprechen. Wer etwa tierlieb ist, bei dem bewirkt ein Video über die Machenschaften in Megaställen besonders viel – im besten Fall ein politisches Umdenken.

Nur noch drei Wochen bis zur Wahl. Um bis dahin genug Leute zu erreichen, um wirklich einen Unterschied zu machen, **brauchen wir bis nächste Woche mindestens 30.000 Euro.** Bitte helfen Sie mit – unterstützen Sie unseren Kampf gegen die AfD mit Ihrer Spende! Schon mit 5 Euro bringen Sie die Kampagne weit nach vorne!

**Klicken Sie hier und spenden Sie für unsere Offensive gegen die AfD!**

Dass wir mit Videos und Grafiken auf Facebook und Co. ordentlich was bewegen können, haben erste Tests gezeigt. Unsere Videos im August sind über eine Million Mal aufgerufen worden. Als herauskam, dass Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) die Kostenexplosion bei privaten Autobahnen verheimlicht, legten wir sofort los: Interviews sichten, texten, schneiden und schon online – unser Video erreichte fast 300.000 Menschen. Mehr als 3.500 verbreiteten es auf Facebook und diskutierten über die Verkehrswende.

Um bei der Wahl einen Unterschied zu machen, brauchen wir jetzt mehr davon – viel mehr. **Motivieren wir so hunderttausende junge Menschen, wählen zu gehen, sinkt der Stimmenanteil der AfD.** Das ist viel wirksamer, als wenn wir uns direkt mit der AfD auseinandersetzen. Denn tun wir das, spielen wir ihr nur in die Hände – und verschaffen ihren andauernden Provokationen noch mehr Gehör.

Im Netz ist die AfD mit dieser Strategie extrem erfolgreich. Gerade erst wurde bekannt, dass sie für ihren Online-Wahlkampf auf Berater zurückgreift, die schon Donald Trump zum Sieg verhalfen. [5] Ihren Parolen müssen wir ein Gegengewicht bieten. Deswegen bitten wir auch um Spenden für Werbung auf Facebook und Twitter, was manchen ungewöhnlich erscheinen mag. Doch hier informieren sich immer mehr junge Menschen über Politik. Wenn wir auf diesem Weg viele von ihnen zur Wahl motivieren, können wir die AfD schwächen.

Als Oppositionsführerin eine Partei, in der neonazistisches Gedankengut floriert – dieser Gedanke erschreckt uns so sehr, dass wir in den verbleibenden drei Wochen alles geben wollen. Bitte unterstützen Sie unsere Offensive für mehr Wahlbeteiligung mit einer Spende. Schon mit 5 Euro helfen Sie enorm!

**Klicken Sie hier, um mit Ihrer Spende die AfD zu schwächen“**

Diesem netten Bettel-Rundbrief wurde nicht nur die Aufmerksamkeit links-grüner Kreise zuteil, auch die AfD-

Bundestagsabgeordneten und jetzige bayerische AfD-Landesvorsitzende Corinna Miazga nahm das Pamphlet zur Kenntnis. Und sie war not amused.

Dummerweise – für Campact – kam ihr bei der Lektüre der Schmierschrift eben jener § 52 Absatz 1 der Abgabenordnung in den Sinn, den wir uns an dieser Stelle nochmals zu Gemüte führen wollen, weil er sich so schön liest:

*Eine Körperschaft verfolgt nach § 52 Abs. 1 der Abgabenordnung gemeinnützige Zwecke, wenn ihre Tätigkeit darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern.*

Die Allgemeinheit fördern, sittlich, selbstlos...

Wie verträgt sich das mit Formulierungen wie „Schwächen Sie am 24. September die AfD“, „Spenden Sie für unsere Offensive gegen die AfD“, „Wenn wir uns mit der AfD auseinandersetzen, spielen wir ihr nur in die Hände“, „Klicken Sie hier, um mit Ihrer Spende die AfD zu schwächen“...

Das passt irgendwie alles nicht so ganz zusammen.

Der Meinung war auch Corinna Miazga. Ihr Standpunkt: Es kann nicht sein, dass mit Geld aus öffentlichen Kassen, also mit Steuergeld, gegen eine Partei agitiert wird, die sich komplett und absolut im Rahmen der freiheitlich demokratischen Grundordnung bewegt und sich auch ausdrücklich zu dieser bekennt.

### **Aberkennung der Gemeinnützigkeit beantragt**

Mit Schreiben vom 05. September 2017 beantragte Miazga deshalb beim Finanzamt Verden/Aller die Aufhebung des Status der Gemeinnützigkeit für Campact:

Corinna Miazga

Finanzamt Verden/Aller

Bremer Str. 4

27283 Verden (Aller)

Telefon: (0470) - (44 37 4070)

[corinna.miazga@finanzamt-verden.de](mailto:corinna.miazga@finanzamt-verden.de)

An das  
Finanzamt Verden/Aller  
Bremer Str. 4  
27283 Verden (Aller)

## Aufhebung von Gemeinnützigkeit eines Vereins

Straubing, den 05.09.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich beantrage

### die Aufhebung der Gemeinnützigkeit des eingetragenen Vereins

campact!

(VR Nummer 25165 B, Amtsgericht Charlottenburg)

Artilleriestr. 6 – 27283 Verden / Aller

vertreten durch

- Christoph Bautz -

- Dr. Felix Kolb,

weiterhin beantrage ich, selbigen Verein dem Gesetz folgend dementsprechend rückwirkend zu veranlagern.

### **Begründung:**

Am 31.08.2017 hat der eingetragene und gemeinnützige Verein „campact!“ eine Massen-Email mit folgendem Text versandt:

*„Lieber XY [Empfänger]*

*seit Monaten schwächelt die AfD. Jetzt, kurz vor der Wahl, droht ihr Comeback: Einige Umfragen zeigen sie wieder bei zehn Prozent. Gut möglich, dass die AfD als drittstärkste Kraft in den Bundestag einzieht. Viele Menschen halten die Wahl schon für gelaufen.*

Das dreiseitige Schreiben finden Sie in voller Länge hier.

**Dumm gelaufen: Gemeinnützigkeit weg – 300.000 Euro Nachzahlung**

Die Mühlen des Finanzamts mahlen langsam, aber stetig. Und

schließlich war es soweit: Am 21. Oktober 2019 verkündet die „Kampagnenorganisation“ Campact in einer larmoyanten Mitteilung auf ihrer Internetseite, dass der Status als gemeinnütziger Verein jetzt futsch ist:

*Jetzt hat es uns tatsächlich getroffen: Campact verliert seinen Status als gemeinnützige Organisation. Politisches Engagement fördern, politische Beteiligung organisieren – das sei nicht gemeinnützig. Besonders erfreut sind nun einige AfD- und Unions-Politiker\*innen, die gegen unsere Gemeinnützigkeit gewettert haben.*

Und nicht nur die.

Die Leute von Campact sind möglicherweise jetzt zu der Schlussfolgerung gelangt, dass es vielleicht doch keine so gute Idee war, der AfD an den Karren zu fahren. Denn es kommt noch schlimmer: Auf der Internetseite der Roten Hilfe e. V. erfahren wir, dass nun sogar die Existenz der „Kampagnenorganisation“ Campact bedroht ist, weil das Finanzamt jetzt eine Nachforderung in Höhe von 300.000 Euro geltend macht. Bei dem Betrag handelt es sich um rückwirkend angefallene Schenkungssteuer.

Nachdem Campact nun das Wasser bis zum Hals steht, greift der Verein zum altbewährten Mittel:

## Dieses Kalkül darf nicht aufgehen

Der Verlust des Gemeinnützigkeitsstatus ist für Campact eine Bürde. Wir müssen Steuern nachzahlen – und es kommen weitere Mehrkosten auf uns zu. Das summiert sich auf Hunderttausende Euro. Und wir wissen nicht: Werden unsere Spendeneinnahmen zurückgehen, weil wir dauerhaft keine Spendenquittungen mehr ausstellen dürfen?

Unsere große Hoffnung ist, dass auch Du das Kalkül "Keine Gemeinnützigkeit = weniger Spenden = keine schlagkräftigen Kampagnen mehr" nicht aufgehen lässt. Zeige unseren Gegner\*innen: Angriffe auf Campact machen unsere Bürgerbewegung nur noch stärker. Stelle Dich an unsere Seite – und unterstütze Campact mit einer einmaligen Spende.

[Klicke hier, um zu spenden](#)

Spendenaufruf auf der Internetseite von Campact

Gerührt von diesem Zeilen, hat die Redaktion von PI-NEWS darüber nachgedacht, auch einen Spendenaufruf zu veröffentlichen. Nach reiflicher Überlegung haben wir uns jedoch dagegen entschieden, da Campact selbst über potente Sponsoren verfügt, wie sich aus dem Kommentarbereich ihres Internetauftritts ergibt:

### 2 Kommentare

[Schreibe einen Kommentar](#)



21.10.2019 13:43 VON HANNEN

Auch wenn ich euch nicht finanziell unterstütze, ich lebe unter Armutsgrenze, unterstütze ich euch weiterhin ideell!

[Antworten](#)

[Kommentar melden](#)

Antwort auf den Spendenaufruf

So ist das halt nun mal: Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen.

Abschließend noch ein Hoch auf die bayerische AfD-Landesvorsitzende Corinna Miazga! Sie hat mit diesem genialen Coup der linken Szene den ersten wirklich schweren Schlag zugefügt.

### **UPDATE 15.00 Uhr:**

Die Frankfurter Allgemeine meldet, dass Bundesfinanzminister Scholz nach der Campact-Entscheidung das Gemeinnützigkeitsrecht ändern will, damit diese und gleichartige Organisationen weiterhin in den Genuss des Steuerprivilegs kommen. Seine heuchlerische Begründung:

*„Wenn Organisationen, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen, schlechter gestellt werden als jeder x-beliebige Verein, müssen wir das Steuerrecht ändern.“*

Eine ehrliche Aussage wäre gewesen: Wenn eine linke NGO, deren Aktivitäten der Bundesregierung äußerst gelegen kommen, nach Recht und Gesetz behandelt wird und dadurch Nachteile erleidet, dann muss eben das Gesetz zurechtgebogen werden. Ja, so kennen wir Merkel-Deutschland..

### **Noch ein Hinweis:**

Am heutigen Mittwoch, 23.10.2019 um 20.15 Uhr, ist Corinna Miazga Gast in der Sendung „Jetzt red i“ im BR Fernsehen (3. Programm). Das Thema der Diskussionsrunde: „Hetze, Gewalt, Mord – Die unterschätzte Gefahr von Rechts?“.

Man kann sich vorstellen, zu welchem Zweck die bayerische Landesvorsitzende der AfD eingeladen wurde. Es wird spannend sein, mitzuverfolgen, wie sie sich schlägt.





Eugen Prinz  
im Mai 2019  
auf dem  
Kongress der  
Neuen Medien  
in Berlin.

*Eugen Prinz kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog [zuwanderung.net](http://zuwanderung.net). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine Facebook-Seite oder Twitter.*